

PRESSEMITTEILUNG vom 09.06.2011

FREIE WÄHLER

FREIE WÄHLER fordern mehr Solidarität für Jugend und Senioren

Bundesgeschäftsstelle:

Cordula Breitenfellner
Freystädter Str. 28
92361 Bergau
Tel.: 09181 – 25 45 90
Fax: 09181 – 29 07 20
cordula.breitenfellner@fw-europa.eu

(Bergau) „Während Berlin sich rüstet für den Christopher Street Day und dazu mehr als 1,5 Mio. Teilnehmer erwartet werden, müssen sich nicht nur die Regierungsparteien in Bund und Land, sondern auch unsere Gesellschaft fragen lassen, wo bleibt die Solidarität für unsere Jugend, unserer aller Zukunft, und für unsere Senioren, denen wir nicht nur den Aufbau unserer Demokratie und den Wohlstand verdanken?“ fragt die Bundesgeschäftsführerin der FREIEN WÄHLER Cordula Breitenfellner und weiter: „ Mehr als 0,5 Mio. Jugendlichen wird aufgrund fehlendem Schulabschlusses keinerlei Zukunftsperspektiven bescheinigt und gemäß einer Studie der Bundesarbeitsgemeinschaft der Krisentelefone, Beratungs- und Beschwerdestellen für alte Menschen in Deutschland/BAG wird jeder 2. Mensch über 60 Jahre Opfer körperlicher und seelischer Gewalt. Die Menschenwürde ist laut Grundgesetz unantastbar, aber wir lassen auch dank der überbordenden Bürokratie zu, dass sich viele Jugendliche, vor allem auch alleinerziehende Mütter und Väter, Schwerkranke und Behinderte, Opfer von Mobbing und anderen Gewaltdelikten sowie ein Großteil der Senioren würdelos, ohnmächtig und alleingelassen innerhalb unserer sog. Leistungsgesellschaft fühlen.“

„In das Fass ohne Boden namens Griechenland konnte Deutschland mit einem Wimpernschlag Milliarden versenken, nur für unsere Schutzbefohlenen, unschuldig in Not geratenen Bürgerinnen und Bürger können wir nicht richtig sorgen, gibt es kaum oder nur hoch kompliziert abrufbare finanzielle Mittel,“ kritisiert Breitenfellner.

Die FREIEN WÄHLER fordern deshalb neben kleineren Klassen und mehr Lehrern, den Erhalt von wohnortnahen Schulen auch bundesweit einheitliche Bildungsstandards. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss gewährleistet sein, ebenso der Schutz vor Armut – in der Kindheit, während des Berufslebens, in Krankheit, Behinderung und im Alter. Neben einer massiven Verbesserung des Opferschutzes, gilt es auch die Förderung von Jugend- und Seniorenprojekten zu verbessern, wie z. B. Alterswohngemeinschaften.